Zeitschrift: Plan : Zeitschrift für Planen, Energie, Kommunalwesen und Umwelttechnik = revue suisse d'urbanisme

Herausgeber: Schweizerische Vereinigung für Landesplanung

Band: 17 (1960)

Heft: 2

Rubrik: Mitteilungen = Communications

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Mitteilungen VLP

Das Suhrental besitzt im aargauischen Teil von Aarau bis Schöftland und im luzernischen Teil von Sursee bis Triengen eine Eisenbahn. Die Gemeinden zwischen Schöftland und Triengen werden nur durch ein Postauto bedient, das einen relativ spärlichen Fahrplan aufweist. Die Geleise und das Rollmaterial der Bahn Sursee - Triengen sind veraltet. Zudem fährt diese Bahn noch mit Dampf. Die Regierungen der Kantone Aargau und Luzern und die Gemeinden des Suhrentales wollen nicht nur die bestehende Sursee—Triengen-Bahn erneuern, sondern gleichzeitig die Lücke zwischen Triengen und Schöftland schliessen. Sie haben daher dem Bundesrat zuhanden der Bundesversammlung ein Konzessions- und Beitragsgesuch für eine Schmalspurbahn zwischen Schöftland und Sursee eingereicht. Das Eidgenössische Post- und Eisenbahndepartement hat unsere Vereinigung damit betraut, das Konzessionsgesuch zu begutachten. Die VLP hat Herrn H. Aregger, Planungsexperte in Zürich, als Sachbearbeiter bestimmt. Gleichzeitig wurde eine kleine Spezialkommission eingesetzt, die mit Herrn Aregger zusammenarbeitet. Diese Spezialkommission hat in verschiedenen Sitzungen Teilprobleme der Aufgabe bereits beackert. Sie hatte zudem eine Sitzung mit dem Komitee für die durchgehende Suhrentalbahn. Zu Beginn des Monats April wird eine Delegation der Spezialkommission mit Vertretern der Kantonsregierungen von Aargau und Luzern, mit sämtlichen Gemeinden und mit weiteren Interessentenkreisen zusammentreffen, um deren Stellungnahme genauer kennenzulernen. Der Arbeitsausschuss unserer Vereinigung wurde am 9. Februar 1960 erstmals über das Gutachten orientiert. Dabei wurden verschiedene Anregungen vorgebracht, welche nun geprüft werden.

In der Sitzung des *Arbeitsausschusses* vom 9. Februar 1960 konnte mitgeteilt werden, dass der Aktion, die Sammelmappe «Landesplanung» in möglichst weite Kreise zu verbreiten, ein schöner Erfolg beschieden war. Es wurden neu über 320 Sammelmappen bestellt; davon wurden etwa 300 von Gemeinden bezogen. Im Arbeitsausschuss sind drei Vakanzen entstanden. Bei der Besetzung dieser Sitze ist auf die bessere Berücksichtigung einzelnener Regionen zu achten. Der Vorstand wird an seiner Sitzung vom 20. April 1960 die Neuwahlen zu treffen haben. Herr Prof. Gutersohn hatte den Auftrag, zur Abklärung der Frage der baldigen Schaffung von bundesrechtlichen Kompetenzen zur Sicherung des Landes für die Anlagen künstlicher Schiffahrtswege mit den zuständigen Instanzen Kontakt aufzunehmen. Er orientierte an der Sitzung des Arbeitsausschusses über das Ergebnis dieser Besprechungen mit Instanzen des Bundes. Leider ist nicht zu erwarten, dass der Bund seine Gesetzgebungskompetenz auf diesem Gebiet in kurzer Zeit erweitern kann. Die vom Arbeitsausschuss in der Sitzung vom 30. Juni 1959 einberufene Kommission «Wasserwege» wird nun weiter prüfen, was vorzukehren ist.

Die Regionalplanungsgruppe Graubünden führt im Domleschg eine Regionalplanung durch. Der Arbeitsausschuss hat in seiner letzten Sitzung einen namhaften Beitrag zur Unterstützung dieser Planung beschlossen. An diesem einen Beispiel zeigt sich, dass sich die Planung mehr und mehr auch in etwas abgelegeneren Gebieten aufdrängt. Diejenigen Kantone und Gemeinden, die von der wirtschaftlichen Hochkonjunktur nicht erfasst werden, sind oft aus finanziellen Gründen nicht in der Lage, dringend nötige Planungen ausführen zu lassen. Es ist wichtig, dass die VLP in solchen Fällen finanziell einspringen kann. Um diese wichtige Aufgabe erfüllen zu können, sollte sie aber über bedeutend mehr Mittel verfügen. Diese Notwendigkeit zeigte sich denn auch bei der Budgetberatung im Arbeitsausschuss. Während die letztjährige Rechnung günstig abschliessen konnte, weist das Budget für 1960 ein Defizit auf. Dieses bewegt sich in einem kleinen Rahmen, um das finanzielle Gleichgewicht nicht aufs Spiel zu setzen. Die VLP ist sich aber dabei bewusst, dass sie mit Rücksicht auf die finanziellen Umstände wesentliche Aufgaben, die dringend der Bearbeitung harren, nicht leisten kann und auf eine grosszügige Unterstützung der Regionalplanungsgruppen, die einem ebenso grossen Bedürfnis entspricht, verzichten muss.

Der Arbeitsausschuss behandelte an der Sitzung vom 9. Februar 1960 als letztes Geschäft die Frage der Wahrung militärischer Interessen bei der Wahl von Industriestandorten (z. B. bei Atomkraftwerken, Benzin- und Oeltankanlagen). Die Verhältnisse waren noch zu wenig geklärt, um einen Beschluss hierüber zu fassen.

Am 19./20. Februar 1960 trat die *Technische Kommission* der VLP im Hotel Waldhaus in Oberrüti ob Horw LU zu einer zweitägigen Arbeitstagung zusammen. Zuerst wurde die Notwendigkeit, einen Normalvertrag für Planer mit Honorarordnung herauszugeben, geprüft. Einstimmig wurde ein Bedürfnis nach einer solchen Vorlage anerkannt. Die Detailberatung der Entwürfe führte zu zahlreichen Abänderungen und Anregungen, die zuerst noch überprüft werden müssen. Herr Rolf Meyer und der Geschäftsleiter der VLP wurden schliesslich beauftragt, die Entwürfe zu bereinigen. Am Morgen des 20. Februar 1960 referierte Herr Prof. Dr. H. Gutersohn über den Stand der Vorarbeiten für den Ausbau des Institutes für Landesplanung an der ETH. Nicht zuletzt dank den Bestrebungen der Technischen Kommission und des Referenten darf damit gerechnet werden, dass mit der vorgesehenen Erweiterung des Institutes an der ETH vom Herbst 1960 an mit einer besseren Möglichkeit der Planerausbildung gerechnet werden kann. Damit sind langjährige Bestrebungen der Fachleute, die seit jeher eng mit unserer Vereinigung zusammengearbeitet haben, von Erfolg gekrönt. Wichtig ist, dass unsere Vereinigung mit dem erweiterten Institut für Landesplanung an der ETH in engem Kontakt bleibt und sinnvoll die Aufgaben abgrenzt. Die Geschäftsleitung und die Technische Kommission der VLP halten es für zweckmässig, wenn das Institut in Zukunft die wissenschaftliche Schulung der Fachleute, auch wenn sie längst in der Praxis stehen, weiter übernimmt. Demgegenüber betrachtet es die VLP als ihre Aufgabe, zusammen mit den Regionalplanungsgruppen und den Baudirektionen, in den Kantonen Schulungskurse für Gemeindefunktionäre zu organisieren. Schon durchgeführte Kurse zeigen, dass dafür ein sehr grosses Bedürfnis besteht.

Die höchst anregende Diskussion über den Stand der Planung in den verschiedenen Landesteilen konnte wegen der vorgerückten Zeit nicht ganz zu Ende geführt werden. Als eindeutiges Ergebnis zeigte sich aber, dass unsere Vereinigung und ihre Organe beim Nationalstrassenbau innerhalb und ausserhalb der Städte unter allen Umständen weiterhin mitzuarbeiten haben. Die Aufgabe unserer Vereinigung im Hinblick auf die Planung und den Bau der Nationalstrassen hat eigentlich erst begonnen. Sie ist unter gar keinen Umständen zu Ende. Dringend der Abklärung harren z. B. Fragen, ob und allenfalls wie längs der Nationalstrassen gebaut werden soll; welchen Einfluss die Abgase und der Lärm auf die Umgebung ausüben; wie das Hinterland zu besiedeln ist; wo und wie bestimmte Punkte längs der Nationalstrassen im Hinblick auf den Fremdenverkehr besonders zu gestalten sind. Diese wenigen Fragen, die nur als Beispiele aufgeführt seien, zeigen deutlich, in welcher Richtung unsere weitere Arbeit zu gehen hat. Vor dem Schluss der ausgezeichnet gelungenen, arbeitsintensiven Tagung konnten noch einzelne Herren kurz über die Arbeit in ihren Regionen sprechen. Der teilweise recht erfreulichen Aktivität haftet vorläufig noch da und dort der Mangel genügender Koordination unter den verschiedenen Regionalplanungsgruppen an.

Wir wollen die Uebersicht über die Sitzung der TK im schönen, gutgeführten Hotel Waldhaus in der idyllischen Umgebung Luzerns nicht schliessen, ohne Herrn Rolf Meyer für seine grosse Arbeit zu danken, die er bei der Gestaltung der wohlgelungenen Schrift «Die Grünflächen in den Gemeinden», der Honorarordnung und des Planervertrages geleistet hat. In diesem Zusammenhang sei noch folgende Feststellung erlaubt: Die deutsche Schweiz war und ist für den Absatz von Fachliteratur ein steiniger Boden. Die geringe Auflageziffer verteuert jede Schrift; die relativ hohen Gestehungskosten führen zu einem Verkaufspreis, der auf den Absatz hemmend wirkt. Unsere Fachliteratur bedarf der Unterstützung durch die Kantone. In denjenigen Kantonen, in denen der kantonale Baudirektor den Gemeinden den Ankauf der Schrift über die Grünflächen empfohlen hatte, zeigte sich ein schöner Erfolg. In Gemeinden anderer Kantone hat die Broschüre nicht die verdiente Beachtung gefunden.

Den Reigen der vereinsinternen Sitzungen in den ersten 60 Tagen des Jahres 1960 schloss die *Geschäftsleiterkonferenz*, welche am 2. März 1960 in Zürich stattfand. Der teilweise recht eingehenden Berichterstattung der Geschäftsleiter der Regionalplanungsgruppen sei entnommen:

Die *Regionalplanungsgruppe Nordwestschweiz* hat am 15. bis 17. Oktober 1959 in Baden eine Studientagung über Fragen der Regionalplanung durchgeführt. Darüber wurde im «Plan» an anderer Stelle bereits berichtet. Im übrigen wickelte sich die Tätigkeit in den Fachkommissionen für Bodenpolitik, für Hochhäuser sowie für kantonale und Gemeindebaugesetze ab. Die Fachkommission für Bodenpolitik hat Richtlinien für die kommunale Bodenpolitik herausgegeben, die im April 1960 im Druck erscheinen werden. Als neue Geschäftsleiter der RPG-NW amten die Herren Dr. Zumbach und lic iur. Rohr, Direktionssekretäre der aargauischen Baudirektion.

Die *RPG-Nordostschweiz* hatte sich in früheren Zeiten vor allem mit Planungen ausserhalb von Stadt und Kanton Zürich beschäftigt. Seit einiger Zeit hat sie aber mit grossem Einsatz dafür gesorgt, dass eine Regionalplanung Zürich und Umgebung gegründet werden konnte. Kanton und Stadt Zürich haben dieser Regionalplanung einstweilen für die kommenden drei Jahre namhafte Beiträge zugesichert. Damit kann eine Arbeit durchgeführt werden, die — so hoffen wir — in der grössten Agglomeration der Schweiz zu erfreulichen Ergebnissen führt. Die RPG-NO hat sich im weiteren darum bemüht, das Problem des Hochhauses zu studieren. Ein von Herrn H. Aregger bearbeiteter Entwurf für ein Buch über das Hochhaus liegt bereits vor. Dieser Entwurf soll in Zusammenarbeit mit Vertretern der andern Regionalplanungsgruppen weiterbearbeitet werden. Dabei sollen vor allem auch die Studien der RPG-NW über das Hochhaus mitberücksichtigt werden.

Die *RPG-Bern* hat bei der Herausgabe einer Musterbauordnung für bernische Gemeinden durch die bernische Baudirektion intensiv mitgearbeitet. Im übrigen hat sie sich vor allem mit konkreten Aufgaben befasst und bei der Orts- und Regionalplanung von Gemeinden aktiv mitgearbeitet.

In der *RPG-Zentralschweiz* stand ebenfalls die Bearbeitung konkreter Planungsaufgaben im Vordergrund. Die bescheidenen Mittel erlauben oft den gewünschten Einsatz nicht. Mit besonderer Liebe pflegt die RPG-Z den Schutz noch unberührter Landschaften. Leider ist es unvermeidbar, dass diesen Bestrebungen nicht selten grosse Schwierigkeiten entgegenstehen.

Die *RPG-Graubünden* hat Herrn Regierungspräsident R. Lardelli (Chur) als Präsidenten und Herrn dipl. Arch. Ch. Trippel (Zürich) als Geschäftsleiter neu bestellt. Die neue Geschäftsleitung konnte ihre Tätigkeit intensivieren. Sie hat durch Pressemitteilungen und persönliche Werbung den Gedanken der Landesplanung stark gefördert. Im untern Bündner Rheintal ist eine Planung im Gange; eine Planungsgruppe Domleschg ist im Aufbau begriffen, und die Gründung einer weiteren Gruppe im mittleren Bündner Rheintal (Trimmis-Reichenau) darf erwartet werden. Zudem hat die RPG-GR einige Gutachten erstellt. Sie leistet mit dieser Arbeit einen Beitrag zur wünschbaren Aktivierung der Berggebiete, die auch im gesamtschweizerischen Interesse liegt. Mit besonderer Eindringlichkeit hat der Geschäftsleiter dieser Regionalplanungsgruppe darauf hingewiesen, dass vermehrte Mittel beschafft werden müssen, um die gesteckten Ziele zu erreichen.

Den Bericht der *RPG-Westschweiz*, welche unter der neuen Leitung unseres Vizepräsidenten, Herrn G. Béguin, ganz besonders aktive Arbeit geleistet hat, veröffentlichen wir in der Folge in extenso.

Erfreulich ist auch die Aktivität der *Freiburger Gruppe*, die sich vor allem der Beratung und der Mithilfe bei der Planung in den Gemeinden widmet. Dabei muss die Gruppe einen besonders steinigen Boden begehen, ist doch das Verständnis für die Planung im schönen Freiburger Land noch nicht überall gefestigt. Sie wendet sich denn auch energisch gegen einen geplanten modernen Neubau der kantonalen Staatskanzlei inmitten der Altstadt von Freiburg.

Die *RPG-Tessin* ist leider seit einiger Zeit in einen Dornröschenschlaf gefallen. Bedauerlich ist, dass sich unerfreuliche Auswirkungen dieser Untätigkeit im Kanton Tessin bereits jetzt für Jahrzehnte manifestieren. Um so mehr schätzen wir es, dass der neue Baudirektor, Herr Regierungsratspräsident Dr. F. Zorzi, und sein neuer Departementssekretär, Herr Dr. Rottalinti, den Bestrebungen junger Tessiner Architekten, die sich für eine umfassende Regionalplanung einsetzen, volles Verständnis entgegenbringen. Unsere Vereinigung darf hoffen, dass im Tessin eine neue Regionalplanungsgruppe entsteht, der es nicht an Arbeit mangelt. Leider wird auch hier wieder die finanzielle Seite nicht leicht zu lösen sein.

Gleich wie die Technische Kommission hat auch die Geschäftsleiterkonferenz mit Nachdruck darauf aufmerksam gemacht, dass im Zusammenhang mit dem *Nationalstrassenbau* zahlreiche Aufgaben der Bearbeitung harren, die durch uns erfüllt werden sollten. Der Errichtung eines *internen Planerverzeichnisses* wurde zugestimmt. Eine bessere Koordination der Arbeit der verschiedenen Regionalplanungsgruppen wurde als dringend nötig anerkannt. Zudem soll dafür gesorgt werden, dass nicht da und dort Untergruppen entstehen, bei denen einzelne Gemeinden und Private nicht zu unsern Mitgliedern zählen. Daneben soll eine intensivierte Beziehung zwischen der Industrie, den Banken, den Versicherungsgesellschaften und den Gewerkschaften mit unserer Vereinigung angestrebt werden. Das Vorgehen und die finanziellen Mittel, welche unsere Vereinigung von diesen Wirtschaftsgruppen sollte erwarten dürfen, werden vorerst noch abzuklären sein.

Dr. *R. Stüdeli*, Geschäftsleiter VLP.

Rapport d'activité du Groupe ASPAN de la Suisse occidentale, tenu lors de l'assemblée générale du 14 novembre 1959 à Fribourg

Messieurs les Magistrats,
Messieurs,

Lors de notre précédente assemblée générale de Genève, le 11 octobre 1958, vous avez eu l'imprudence de m'appeler à la présidence pour y succéder à M. Desbiolles. Cette désignation s'est faite in abstentia, seconde imprudence.

Me voici maintenant devant vous, pour rendre compte de notre activité durant l'exercice écoulé. Cette activité s'est inscrite dans le cadre combien excellent qu'avait bien voulu déterminer M. Desbiolles dans son rapport présidentiel de 1958. A mon entrée en fonction j'ai ainsi trouvé des directives claires et précises, un programme bien articulé et surtout un comité composé d'amis tous inspirés du bien public et formant une équipe bien entraînée. Dans cette équipe le poste le plus important est tenu magistralement par notre cher Secrétaire général, M. Marcel-D. Mueller, que je remercie du fond du cœur pour son inlassable dévouement. Un sentiment de même gratitude

s'en va à notre trésorier, M. Marro, sûr et ordré.

Le bref tour d'horizon que je vous invite à faire tous ensemble portera tout d'abord un rappel de notre *mission*, ensuite un aperçu de ce qui put être *réalisé* et enfin l'ébauche de nos *projets*.

Notre mission

C'est, bien entendu et au premier chef, celle de stimuler l'étude, la préparation, l'institution et le respect des plans d'aménagement du territoire. Cette donnée toute générale s'est précisée ces derniers temps: les enquêtes approfondies effectuées par nos organes centraux ont démontré combien la Suisse, et singulièrement la Suisse romande, étaient en retard dans le domaine de l'aménagement du territoire. Les enquêtes établissant que sur les quelques 3100 communes de notre pays un millier à peine ont cru bon de légiférer en matière de construction et d'aménagement. Ce n'est même pas le tiers des communes. Quant à la Suisse romande, les constatations sont encore plus décevantes: à peine un cinquième de nos communes ont fait quelque chose.

Ainsi notre mission s'est précisée: c'est une œuvre en profondeur, de vulgarisation, que nous devons entreprendre. Toutes les conférences que nous pourrions tenir, les articles que nous écririons, l'action que nous aurions, tout cela serait vain et inutile en dehors de cette réalité: convaincre les milieux communaux intéressés de la nécessité urgente pour chacune de nos communes de ne plus continuer à se désintéresser du problème de la construction et de l'aménagement du territoire communal. Car là où rien n'aura été prévu et pensé, il sera impossible d'agir efficacement et à temps dans le cas de constructions indésirables. Il faut prévenir.

Stimuler les communes, c'est bien; encore faut-il que ces communes sachent à qui s'adresser pour rédiger leurs textes légaux et dessiner leurs plans d'aménagement. D'où notre second souci: améliorer la formation professionnelle de nos élites: architectes, ingénieurs, juristes, afin qu'ils soient en mesure de conseiller utilement les communes poussées par nous à faire enfin quelque chose dans le domaine de leur aménagement. Cette double mission exige de notre part

— que nous nous fassions connaître par une action généralisée et soutenue
— que nous soyons partout présents
— que la qualité de nos interventions inspire confiance
— que nous démontrions la nécessité des règlements sur les constructions et des plans d'aménagement du territoire communal.

Voyons maintenant ce qui a été fait par nous.

Ce qui a été fait

Je ne puis entrer dans les détails, ce qui serait fastidieux. Votre comité a tenu deux séances pleinières. Une à Lausanne le 3 juin 1959 au cours de laquelle il fut orienté sur l'activité du bureau restreint et mis au courant du programme de travail. Dans son immense majorité le comité nous apporta sa pleine adhésion. La seconde séance vient d'avoir lieu tout à l'heure, pour préparer la présente assemblée générale.

Le bureau restreint formé de notre Secrétaire général et du président, votre serviteur, a pris sur ses épaules l'essentiel de la tâche. Il s'est réuni 30 fois, tantôt à Lausanne ou à Genève, en séance fermée ou en conférences avec les milieux de la magistrature, de l'administration, des architectes et des ingénieurs. Le bureau restreint a ainsi agi par de nombreux contacts directs et personnels.

Cette activité représente d'innombrables lettres, téléphones et communications. Tout cela s'est inscrit dans un programme articulé et pensé. En voici l'énumération succincte:

— A Lausanne, le 2 juillet 1959, sous la présidence de M. Mueller, séance d'information sur *l'enseignement universitaire* et coordination entre les quatre Hautes Ecoles de Fribourg, Genève, Lausanne et Neuchâtel. Une deuxième séance est en préparation, pour une première réalisation.
— Préparation et organisation d'un *forum* tenu à Genève le 10 novembre dernier sur le raccordement de Genève aux autoroutes, forum réunissant 200 personnes, dont trois Conseillers d'Etat et largement diffusé par la presse.
— Intervention auprès de MM. les Conseillers d'Etat Dutoit (Genève) et Maret (Vaud) pour l'institution d'une *commission intercantonale* Genève-Vaud destinée à intégrer l'autoroute dans le paysage et veiller à la bonne tenue architecturale de ses abords.
— Intervention dans le même sens auprès de l'Union des professionnels de la route et de l'Inspecteur fédéral en chef des travaux publics.
— Conférences aux sections de la SIA de Neuchâtel et de Genève sur les *problèmes d'actualité et d'avenir* en matière de plans d'aménagement.
— Conférences et entretiens avec les Autorités cantonales vaudoises en vue de la mise sur pied d'une *Association des communes de l'agglomération lausannoise* pour la coordination de leurs plans d'aménagement.
— Organisation et réalisation d'une rubrique spéciale ASPAN-urbanisme *dans le Bulletin technique de la Suisse romande*, grâce à la bienveillance de M. le prof. Daniel Bonnard, rédacteur en chef du B. T. S. à qui vont nos remerciements chaleureux.
— *Diffusion élargie* de notre *service de presse en français* et des tirés à part du B. T. S., grâce à la collaboration de M. le professeur Liengme, chef de ce service de presse, et à l'aide financière de nos organes centraux de Zurich, auxquels vont nos sentiments de reconnaissance.
— Interventions auprès de la commune d'Aigle et du Département cantonal vaudois des travaux publics quant aux problèmes d'urbanisme en relation avec le terminus d'un *oléoduc*, spécialement le problème de la *pollution de l'air*.
— Contacts avec les milieux de la *navigation fluviale intérieure* pour son intégration dans les plans d'aménagement; propositions précises à nos organes centraux de Zurich, constitution d'une commission Wasserwege et participation à ses travaux.
— Participation du Secrétaire général au Congrès international de *l'urbanisme souterrain* à Bruxelles et préparation de rapports.
— Proposition au Comité central de l'ASPAN d'instituer une commission suisse pour l'*intégration des autoroutes dans le paysage*.
— Contacts avec le Comité central de la SIA au sujet d'une norme portant les *symboles de représentation graphique* des plans d'urbanisme, projet de M. Hœchel, membre de notre comité.
— Enquête sur *l'enseignement de l'urbanisme* dans les universités étrangères.
— Participation au volume annuel *Architecture*, formes et fonctions, avec une *rubrique ASPAN*, due à notre Secrétaire général.
— Divers *avis donnés à des communes* pour leurs plans d'aménagement.
— Participation aux travaux d'une commission sur les *centres économiques vaudois*.
— Adhésion à l'*Association internationale de l'urbanisme* et de l'habitation, organisatrice des congrès européens de l'urbanisme.
— Interventions auprès de l'Administration fédérale pour les conditions de *subventionnement* des dépenses d'études de plans d'aménagement.
— Consultations et renseignements à des *étudiants* pour leurs travaux universitaires relatifs à l'urbanisme.
— Publication par M. Hœchel, membre de notre comité, dans la revue *Bastions* de l'Université de Genève, d'un article sur l'ASPAN.
— Participation aux travaux d'étude sur la *propriété par étages*, grâce à notre délégué, M. Alexandre Plancherel, architecte.
— Examen en cours de diverses questions relatives au *réseau routier* neuchâtelois.
— Réponse à une *consultation* du délégué au tourisme de la Vallée d'Aoste sur l'urbanisme en Suisse romande.

Nos projets

Tout d'abord accentuer nos efforts de propagande générale pour faire connaître l'ASPAN, son groupe de Suisse occidentale et l'impérieux besoin d'y promouvoir les plans d'aménagement du territoire communal.

A cet effet des forums seraient indiqués à Lausanne et à Neuchâtel, avec participation de la presse, sur les questions relatives aux autoroutes.

La création d'une Association des communes de l'agglomération lausannoise sous notre initiative et notre parrainage sera un premier pas, une sorte de test. Puis, dès l'an prochain, nous envisageons deux actions importantes:

— En collaboration avec le nouveau chef de notre secrétariat central de Zurich, M. le Dr Studeli, une campagne de recrutement de nouveaux membres.

— Par une équipe de nos amis, organisation de conférences de vulgarisation dans nos districts campagnards et semi-urbains auprès des communes n'ayant pas encore légiféré ni établi des plans.

Bien entendu, maintien et renforcement de nos actions en cours.

Je termine ce rapport en remerciant chaleureusement nos amis fribourgeois de leur accueil à l'occasion de la présente assemblée générale, avec l'espoir que nos efforts trouveront leur juste récompense dans la confirmation de votre confiance et de votre plein et entier soutien.

Le président de la RPG-SO:
G. Béguin.

Privatrechtliche Staatshaftung bei Gewässerkorrektionen?

(Von unserem Bundesgerichtskorrespondenten)

Die «*Domaine du Rhône GmbH*» besitzt im Walliser Rhonetal in der Nähe des rechten Flussufers einen Obstgarten. Im Winter 1956/57 liess der Kanton Wallis dort das Rhonebett ausbaggern, um dasselbe tiefer zu legen sowie um mit dem Baggergut die Dämme zu erhöhen und zu verbreitern. Durch diese Arbeiten wurde die undurchlässige Flussohle entfernt. Das Wasser sickerte unter den Dämmen durch und überschwemmte die Nachbargrundstücke. Die Obstbäume *erstickten* infolgedessen teilweise. Eine natürliche Abdichtung des Flussbettes durch neues Geschiebe ist in solchen Fällen erst innert zwei bis drei Jahren zu erwarten. Die geschädigte GmbH verlangte deshalb vom Staat eine *Entschädigung* von 50 000 Franken plus Zins. Die Streitparteien übertrugen die Beurteilung direkt dem Bundesgericht. Die Klage stützte sich auf Art. 679 des Zivilgesetzbuches. Dieser macht den Grundeigentümer schadenersatzpflichtig, wenn er jemanden *durch Ueberschreitung seines Eigentumsrechtes* schädigt.

Die *II. Zivilabteilung des Bundesgerichtes* ging davon aus, dass diese Bestimmung einen *Fall unrechtmässigen Verhaltens* regle. Diese Regelung, welche das Privateigentum betrifft, gilt ohne weiteres auch für das Staatseigentum, sofern es zu dem wie Privateigentum genutzten Finanzvermögen des Staates gehört. Anders liegt der Fall, wenn das Staatseigentum Verwaltungsvermögen, d. h. ein Mittel zur Erfüllung der herrschaftlichen Staatsaufgaben, oder eine öffentliche Sache, z. B. einen im Gemeingebrauch stehenden Gegenstand, darstellt. Verwaltungsakte, welche auf letztere zwei Vermögensarten Bezug nehmen, müssen dem öffentlichen Interesse und öffentlichen Rechte entsprechen.

Es ist anerkannt, dass der Staat unter gewissen Umständen und Vorbehalten kraft öffentlichen Rechtes ins Privateigentum eingreifen darf, etwa zu Enteignungen. Das *öffentliche Recht* kann in solchen *Fällen rechtmässiger Beeinträchtigung Privater* durch die öffentliche Gewalt eine *Entschädigungspflicht* des Staates vorsehen. Das Bundesrecht schreibt den Kantonen diese Ersatzpflicht sogar in gewisser Beziehung vor. *Ueberschreitet die öffentliche Gewalt* dagegen *ihre Rechte*, so hat man zum Schutze der Privaten eine Entschädigungspflicht aus dem Privatrecht abgeleitet; denn das öffentliche Verwaltungsrecht hat nur lückenhafte Entschädigungsbestimmungen, und die privaten Rechte bestehen insofern weiter. Die zivilgerichtliche Rechtsprechung hat daher den Art. 679 ZGB unbekümmert darum angewendet, welcher Art die rechtliche Herrschaft des Staates war, sofern er unabhängig über die Sachen der öffentlichen Hand verfügen konnte. Das Bundesgericht hat allerdings den *Staat gestützt auf Art. 679 ZGB* immer nur dann *verantwortlich* gemacht, wenn die Beeinträchtigung des privaten Rechtes rechtswidrig oder wenigstens von der Rechtsordnung nicht vorgesehen war.

Im vorliegenden Fall hat der Kanton Wallis eine gesetzlich vorgeschriebene und vom öffentlichen Interesse erforderte Korrektionsarbeit an der Rhone in zweckmässiger Weise ausgeführt. Die zeitweise Schädigung der Anstösser war dabei, wie die Klägerin zugibt, unvermeidlich. Demzufolge hat der *Kanton seine Rechte nicht* im Sinne von Art. 679 ZGB *überschritten*. Dass er somit nicht auf Grund dieser Bestimmung belangt werden kann, befriedigt freilich das Billigkeitsgefühl nicht ganz. Es obliegt jedoch dem öffentlichen Recht, durch die Einführung einer Ersatzpflicht für rechtmässige Schadenszufügung seitens des Gemeinwesens Abhilfe zu schaffen. Die II. Zivilabteilung musste daher die *privatrechtliche Klage* der «Domaine du Rhône GmbH» *abweisen*. (Urteil vom 17. September 1959.)

Dr. *E. G.* (Lausanne).

Institut für Landesplanung ETH

Uebungen zur Regional- und Landesplanung. Sommersemester 1960: Am 29. April beginnen Uebungen, die Ortsplanungsvorschläge für die Gemeinde *Küssnacht a. R.* (Schwyz) zum Thema haben. Dieses Gebiet bietet nach Lage und Aufbau sehr interessante Probleme. Es wäre erwünscht, wenn sich ausser den Studierenden der Abteilungen für Architektur, Bau- und Kulturingenieurwesen, Land- und Forstwirtschaft und Naturwissenschaften auch Praktiker dieser Arbeitsgebiete beteiligen würden. Die Uebungen finden statt je Freitag 15 bis 17 Uhr. Leitung: Prof. Dr. H. Gutersohn, Prof. Dr. K. Leibbrand, Prof. Dr. E. Winkler, die gerne weitere Auskünfte erteilen.

Seminar für Gemeindeingenieure (Landesplanung). Sommersemester 1960 (je Freitag 17 bis 19 Uhr):

29. April: Prof. Dr. *O. Kaufmann*, Handelshochschule St. Gallen: Rechtsgrundlagen der Planung im schweizerischen Recht.
6. Mai: Dipl. Ing. *E. Trüb*, Vizedirektor des Gas- und Wasserwerkes der Stadt Winterthur: Die Wasserversorgung in der Orts- und Regionalplanung.
13. Mai: Dipl. Ing. *E. Strebel*, Sektionschef am Eidg. Meliorationsamt: Meliorationen im Dienste der Orts- und Regionalplanung.
20. Mai: Dipl. Ing. *J. Vautier*, Géomètre officiel du Bureau du Plan d'extension cantonal, Lausanne: Plans d'extension des communes et de l'Etat dans le canton de Vaud.
27. Mai: Dr.-Ing. *J. Umlauf*, Direktor des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk, Essen: Planungsfragen eines Bergbau- u. Schwerindustriegebietes.
10. Juni: Dipl. Ing. *E. Schibli*, Chef des Meliorationsamtes des Kantons Graubünden: Alpwirtschaft im Rahmen der Regionalplanung.
17. Juni: Prof. Dr.-Ing. *R. Wurzer*, Professor für Städtebau, Landesplanung und Raumordnung an der Technischen Hochschule Wien: Industriezonenplanung in entwicklungsbedürftigen Gebieten.
24. Juni: Dipl. Arch. *F. Lodewig*, Basel: Unser Landschaftsbild, sein Werden und seine Zukunft.
1. Juli: Dipl. Ing. *A. Jeanneret*, ingénieur rural du Canton de Neuchâtel: Quelques aspects de l'évolution actuelle de l'Iran.
8. Juli: Dipl. Arch. Dr. e. h. Ing. *R. Hillebrecht*, Professor an der Technischen Hochschule Hannover: Das Problem der Trabantenstädte.

Leitung: Prof. Dr. H. Gutersohn, Prof. Dr. K. Leibbrand, Prof. M. Stahel und Prof. Dr. E. Winkler.

Beide Anlässe finden statt im Hörsaal NO 3g (Naturwissenschaftliches Institut der ETH, Sonneggstr. 5, 2. Stock).